

Antrag A12: Gegen Polizeigewalt und die Kriminalisierung von Protesten gegen Krieg

Antragsteller*in:	Konstantin Gorodetsky (M · KV Lausitz), Rolf Niebel-Dietrich, Jörg Schönberg (M · KV Havelland), Ralf Wunderlich (KV Oberhavel), Markes Zschau, Felix Körner, Sonja Newiak, Frithjof Newiak
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Brandenburg verurteilt aufs schärfste die Eskalation von
- 2 Protesten gegen Krieg durch die Polizei, beispielsweise auf dem
- 3 Protestcamp von Rheinmetall entwaffnen im September, der Demonstration
- 4 "Geld für den Kiez statt Waffen für den Krieg" im Oktober in Berlin sowie
- 5 unzähligen Demonstrationen gegen den Krieg in Gaza. Bei diesen wurden
- 6 neben zahlreichen Genoss*innen aus der Basis sowie weiteren
- 7 Demonstrierenden auch MdB der Linken Opfer von Polizeigewalt. Die Linke
- 8 Brandenburg solidarisiert sich mit den Opfern dieser Gewalt und fordert
- 9 Konsequenzen für die beteiligten Beamt*innen, insbesondere solche in
- 10 leitender Funktion.
- 11 Die Linke Brandenburg bekennt sich zum Beschluss des Bundesvorstandes
- 12 "Stoppt den Krieg in Gaza - an der Zweistaatenlösung führt kein Weg
- 13 vorbei" vom 17.06.2025. Darin heißt es unter anderem: "Seit vielen Monaten
- 14 werden propalästinensische und engagierte Bürgerinnen und Bürgern [sie!]
- 15 für den Frieden in Nahost in diesem Land in ihrer Meinungs- und
- 16 Demonstrationsfreiheit eingeschränkt. Pauschale Demonstrations- und
- 17 Veranstaltungsverbote von friedensbewegten und propalästinensischen
- 18 Kräften lehnen wir ab. Die versuchte Gängelung von Wissenschaftlern
- 19 seitens der Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger kritisieren wir in
- 20 aller Schärfe. Die Meinungsfreiheit ist in einer Demokratie ein hohes Gut
- 21 und der Einsatz für Frieden und Verständigung darf nicht kriminalisiert
- 22 werden." Als logische Konsequenz daraus lehnen wir polizeiliche Gewalt
- 23 gegen
- 24 palästinasolidarische Demonstrationen entschieden ab. Wir schließen und
- 25 der Kritik von
- 26 internationalen Hüter*innen der Menschenrechte an, welche dieses Vorgehen
- 27 als inakzeptablen Eingriff in die Versammlungsfreiheit bezeichneten,
- 28 namentlich:
- 29 • Michael O'Flaherty, Menschenrechtskommissar des Europarats

- 30 • Gina Romero, UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf friedliche
31 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
- 32 • Cecilia M. Bailliet, UN-Sachverständige für Menschenrechte und
33 internationale Solidarität
- 34 • George Katrougalos, UN-Sachverständiger zur Förderung einer
35 demokratischen und gerechten internationalen Ordnung
- 36 • Ashwini K.P., UN-Sonderberichterstatterin zu Rassismus und
37 Fremdenfeindlichkeit
- 38 • Mary Lawlor, UN-Sonderberichterstatterin zur Lage von
39 Menschenrechtsverteidigern
- 40 • Ben Saul, UN-Sonderberichterstatter zur Förderung und den Schutz der
41 Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Bekämpfung des Terrorismus
- 42 • Amnesty International

Begründung

erfolgt mündlich